

Brüssel, den 10.06.2015

Erklärung zur Abstimmung über die Russland-Resolution

Am 10.06.2015 hat das Europäische Parlament eine EntschlieÙung über den Stand der Beziehungen EU-Russland (2015/2001(INI)) verabschiedet. Ich habe dieser Resolution nicht zugestimmt, da ich sie an entscheidenden Punkten weder in ihrer inhaltlichen Aussage noch in ihrer Tonalität teilen kann. Aus meiner Sicht setzt die Resolution eine falsche EU-Politik gegenüber Russland fort, die sowohl auf einer Fehleinschätzung der Lage sowie auf einer grundsätzlichen Unaufrichtigkeit hinsichtlich der eigenen Verantwortlichkeit der EU für die Krise in den Beziehungen zu Russland basiert.

Insbesondere die in der Resolution häufig wiederholte Berufung auf eine „rechtswidrige Annexion der Krim“ als Mittel der einseitigen Schuldzuweisung an Russland suggeriert eine Eindeutigkeit in der rechtlichen Bewertung, die faktisch nicht gegeben ist. Namhafte Juristen haben in der Analyse deutlich gemacht, dass es sich um eine Sezession gehandelt hat. Diese wurde laut des eindeutigen Ergebnisses beim Referendum vom 16. März 2014 vom Willen der Bevölkerungsmehrheit auf der Krim zur Loslösung von der Ukraine und zur Angliederung an die Russische Föderation getragen. In einer Umfrage des unabhängigen Pew Research Center vom Mai 2014 konnte dieses Ergebnis bestätigt werden, wobei 91 Prozent der Befragten angaben, das Referendum sei fair und ohne externe Beeinflussung durchgeführt worden.

Zweifellos laufen derartige Vorgänge gemäß ihrer Natur selten ohne völker- und staatsrechtliche Ambivalenzen und unterschiedliche Rechtsauffassungen ab. Dessen sollten sich auch die EU-Staaten spätestens seit der aktiv militärisch unterstützten Sezession des Kosovo von Serbien bewusst sein. Das Krim-Referendum wie die EU nun schlichtweg für unzulässig zu erklären und zu ignorieren, offenbart aber ein taktisches und von Eigeninteressen geleitetes Verhältnis zum Grundsatz der Selbstbestimmung.

Darüber hinaus ist die Resolution des Europäischen Parlaments von einem Geist der Unaufrichtigkeit geprägt. Es mangelt am Bekenntnis zur eigenen Verantwortung für die Verschlechterung des Verhältnisses zu Russland. Es mangelt an selbstkritischer Analyse, dass ein einseitiges Vortreiben der Westbindung der Ukraine ohne Rücksicht auf elementare Sicherheitsbedürfnisse Russlands falsch war und den Konflikt verschärft hat. Und es mangelt vor allem am Verstehen wollen grundlegender und traditioneller Imperative der russischen Außenpolitik sowie an der Bereitschaft, diese in das eigene strategische Kalkül mit einfließen zu lassen. Eine kluge Europäische Union würde sich Russland als Modernisierungspartner anbieten und auf langfristigen Wandel setzen. Stattdessen belehren wir Russland und bewirken damit das Gegenteil.

Seite 1 von 2

Mit der Sanktionspolitik schaden wir Europäer und insbesondere wir Deutschen uns zudem in erheblichem Maße selbst. Deutsche Exporte nach Russland gehen kontinuierlich zurück, während etwa die USA ihre Exporte im Jahr 2014 um 15 Prozent steigern konnten und die Europäer zugleich zu schärferen Sanktionen drängten. So gehen wichtige Anteile auf dem russischen Markt an globale Wettbewerber verloren. Für die sächsische Wirtschaft ist dieser Prozess besonders dramatisch, gingen doch die Ausfuhren allein im ersten Quartal 2015 um 80 Mio. Euro bzw. 24 Prozent zurück. Das Wegbrechen dieses sich ehemals dynamisch entwickelnden Wachstumsmarktes bringt Unternehmen in existenzielle Bedrängnis. Viel gravierender fällt aber noch der langfristige Effekt aus. Über Jahrzehnte gewachsene Geschäftsbeziehungen und aufgebautes Vertrauen werden durch politische Entscheidungen unwiederbringlich zerstört.

Im Kontext der Resolution habe ich viele Reaktionen auf mein Votum erhalten, positive wie negative. Bei letzteren fiel auf, dass sich die Kritik vor allem daran entzündete, welche Personen und Gruppierungen im Europäischen Parlament ebenso mit Nein gestimmt haben. Wenn allerdings nicht mehr die Überzeugungen und das Gewissen eines direkt gewählten Abgeordneten maßgeblich für seine Entscheidungen sein sollen, sondern die „Gesellschaft“, in der er sich damit befindet, verliert ein Parlament seinen Anspruch als Volksvertretung. Vielmehr sollte es uns zu denken geben, wenn „rechts- und linksextreme, sowie populistische Parteien“ im politischen Spektrum allein die Positionen besetzen, die von vielen Bürgerinnen und Bürgern geteilt werden.